VON HAUSARZT ZU HAUSARZT

Dr. Gerd W. Zimmermann
Facharzt für
Allgemeinmedizin
Kapellenstraße 9,
D-65719 Hofheim

Atteste nicht ohne Arzt-/Patientenkontakt!

— Das Verwaltungsgericht Gießen (VG) hat in einem Urteil vom 15.2.2011 (Az.: 21 K 1582/10.GI.B) entschieden, dass Ärzte berufsrechtlich verpflichtet sind, bei der Ausstellung ärztlicher Atteste und Gutachten mit der notwendigen Sorgfalt und nach bestem Wissen zu verfahren.

Vor dem Hintergrund eines Sorgerechtsstreites hatte eine Ärztin auf Bitte eines Patienten ein ärztliches Attest ausgestellt, in dem sie bescheinigte, dass die geschiedene Ehefrau des Patienten nicht in der Lage erscheine, ihre mütterlichen Aufgaben zu erfüllen.

Sie stützte sich dabei auf Fremdbefunde, ein persönlicher Kontakt mit der geschiedenen Ehefrau kam nicht zustande. Auf Beschwerde des Rechtsanwaltes der geschiedenen Ehefrau leitete die zuständige Landesärztekammer ein berufsrechtliches Ermittlungsverfahren ein, dessen Rechtmäßigkeit durch die Richter nun bestätigt wurde.

MMW Kommentar

Die Ärztin hat nach Auffassung der Richter gegen die Berufsordnung und das Heilberufsgesetz verstoßen und wurde zu einer Geldbuße von 500 Euro verurteilt.

Gutscheine statt Gehaltserhöhung!

— Der Bundesfinanzhof (BFH) hat im Hinblick auf die einkommensteuerliche Behandlung von Tankkarten, Tank- und Geschenkgutscheinen erstmals Grundsätze zur Unterscheidung von zu versteuerndem Barlohn und einem bis zur Höhe von monatlich 44 Euro steuerfreien Sachlohn aufgestellt (Urteil vom 11.11.2010, Az. VI R 41/10).

In den vom BFH entschiedenen Streitfällen hatten Arbeitgeber ihren Angestellten das Recht eingeräumt, auf ihre Kosten gegen Vorlage einer Tankkarte bei einer bestimmten Tankstelle bis zu einem Höchstbetrag von 44 Euro monatlich zu tanken. In anderen Fällen hatten Arbeitnehmer anlässlich ihres Geburtstages Geschenkgutscheine einer großen Einzelhandelskette über 20 Euro vom Arbeitgeber erhalten. In sämtlichen Streitfällen nahm der BFH steuerfreien Sachlohn an.

MMW Kommentar

Nach Auffassung der Richter entscheidet sich die Frage, ob Barlöhne oder Sachbezüge vorliegen, nach dem Rechtsgrund des Zuflusses. Die Unterscheidung ist nach der Art des arbeitgeberseitig zugesagten und daher arbeitnehmerseitig zu beanspruchenden Vorteils selbst und nicht durch die Art und Weise der Erfüllung des Anspruchs zu treffen. Kann der Arbeitnehmer die Sache selbst beanspruchen, komme eine Steuerbefreiung für Sachbezüge in Betracht. Sachbezüge liegen also auch dann vor, wenn der Arbeitgeber seine Zahlung an den Arbeitnehmer mit der Auflage verbindet, den empfangenen Geldbetrag nur in einer bestimmten Weise zu verwenden. Wichtig ist, dass der BFH mit diesem Urteil seine bisher anderslautende Rechtsprechung ausdrücklich aufgegeben hat.

Wundversorgung richtig abrechnen

— Die primäre Wundversorgung kann nach Nr. 02300 EBM berechnet werden. Obligator Leistungsinhalt dieser „primären Wundversorgung“ ist die Erstversorgung einer Wunde.

Die Behandlung von sekundär heilenden Wunden hingegen ist ausschließlich nach Nr. 02310 EBM und auch nur einmal im Behandlungsfall berechnungsfähig.

Die Behandlung eines arteriell bedingten Ulcus cruris kann ebenfalls nach Nr. 02310 berechnet werden. Hier gilt es zu berücksichtigen, dass der obligate Leistungsinhalt der Nr. 02310 EBM mindestens drei persönliche Arzt-Patienten-Kontakte im Behandlungsfall vorsieht.

Obligate Leistungsinhalte sind außerdem die Abtragung von Nekrosen, eine Lokalthherapie unter Anwendung von Verbänden, entstauende phlebologische Funktionsverbände und die Fotodokumentation.

MMW Kommentar

Die genannten Abrechnungspositionen unterliegen der Begrenzung durch das Regelleistungsvolumen (RLV) oder einen Qualitätszuschlag (QZV). Trotzdem empfiehlt sich eine genaue Zuordnung und leistungsgerechte Abrechnung der erbrachten Leistungen. Spätere Gebührenordnungsänderungen könnten sich beim einzelnen Arzt auf das frühere Leistungsspektrum beziehen und bei fehlendem Leistungsnachweis zu Abrechnungseinschränkungen führen.

Da insbesondere die Behandlung chronischer Wunden oft auch nicht unerhebliche Arzneimittel- und Verbandstoffkosten nach sich zieht, hat die korrekte Berechnung in dieser Hinsicht auch eine Begründungsfunktion, die bei Prüfverfahren von großem Nutzen sein kann.